

den unter Sicherheitsverschluß. Ungenannt blieb, zu welchen konkreten Zwecken südöstlich von Hamburg eine derartige, offensichtlich besonders riskante Technologie betrieben worden ist. Wegen des hinhaltenden und leugnenden Verhaltens der zuständigen Behörden und Regierungen wachsen in der örtlichen Bevölkerung die Befürchtungen. Die geäußerten Mutmaßungen reichen von Anwendungen in der Brütertechnologie über Aggregaten für Nachrichtensatelliten zu geheimdienstlichen Zwecken bis zur Entwicklung von Nuklearwaffen. Dafür spricht die mögliche sogenannte Transmutation PAC/PERLA: aus einer PAC-Dotierung mit

Thorium-232, Uran-238, Plutonium-240, Americium-241 und Curium-244 entstehen nach Neutronenbeschuß die Spaltstoffe Uran-233, Plutonium-239, Plutonium-241, Americium-242m und Curium-245.

Manchem Bürger vor Ort fällt jetzt zudem ein, daß seinerzeit, nach einem später als Fehlschaltung der Sirenen deklarierten mehrstündigen Atomalarm, mit einem Mal und ohne weitere Begründung gegenüber den örtlichen Bewohnern, alle Kinder von GKSS-Mitarbeitern von ihren Eltern aus den umliegenden Kindergärten und Schulen genommen und in weiter entfernten untergebracht worden seien. ●

Atommüll-Transport

CASTOR blockiert

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, ROBIN WOOD und X-tausendmal quer forderten Bundeskanzler Gerhard Schröder am 29. März auf, unverzüglich ins niedersächsische Wendland zu kommen und mit Ihnen über den Atomausstieg zu verhandeln. Die Initiativen hatten zu einer Pressekonferenz in die Trebeler Bauernstuben eingeladen, um nochmals mit Nachdruck auf die politischen Hintergründe der Proteste gegen den Castor-Transport hinzuweisen.

Nach Auffassung der Initiativen und Verbände zeigte der gewaltfreie Widerstand Zehntausender Menschen während des Castor-Transports unmissverständlich, dass der so genannte Konsens zwischen Bundesregierung und Atomindustrie kein Konsens mit der Bevölkerung sei. Es müsse sichergestellt werden, dass die Wiederaufarbeitung sofort gestoppt und kein weiterer Castor-Transport nach Gorleben rollen werde.

Veit Bürger, Atomexperte von Greenpeace, kündigte an, dass der gewaltfreie Widerstand gegen die verfehlte Energiepolitik und die damit zusammenhängenden Atommülltransporte andauern werde. Jede Bundesregierung müsse sich klar sein, dass sie in einen Dauerkonflikt mit der Bevölkerung trete, wenn sie nicht unverzüglich den Ausstieg realisiere.

ROBIN WOOD und Aktivisten aus dem Wendland hatten eindrucksvoll bewiesen, dass ein Umweltverband mit einfachsten Mitteln und geringem Aufwand in der Lage ist, einen Atommülltransport einen Tag lang aufzuhalten. Fünf Personen war es am Dienstag, dem 27. März gegen 22 Uhr gelungen, die Polizeiketten zu umgehen und sich bei Süschendorf im Gleisbett anzuketten. Der Castor-Zug hielt daraufhin in ca. 20 Meter Entfernung zur Blockadestelle und wartete auf die Weiterfahrt. Nach 6 Stunden Aufenthalt setzte der Zug zurück und entfernte sich

Richtung Lüneburg. Es war klar geworden, dass es noch einige Zeit dauern würde, bis die Strecke wieder freigegeben werden könnte.

Vier der fünf Personen hatten sich in Metallrohren angekettet, die in einem Betonblock unter den Gleisen fest verankert waren. Einmal angekettet waren sie nicht in der Lage sich selbst loszumachen. In mühevoller Kleinarbeit musste der Betonblock entfernt werden. Das Herauslösen aller 5 Personen dauerte 16 Stunden. Während dieser Zeit wurden sie mit heißen Getränken, Schokolade, warmen Decken und Heizstrahlern versorgt.

Bereits wenige Tage nach diesem spektakulären Castor-Transport mehrten sich Stimmen politischer Verantwortlicher, nochmals zu überdenken, wo und wie der Atommüll künftig zwischengelagert werden solle. Transporte wie den letzten könne sich weder das Land Niedersachsen noch die Bundesrepublik auf Dauer leisten. Hierbei ginge es nicht nur um die finanziellen Aspekte, sondern auch um die

Atommüll

Französisches Anti-Atom-Netzwerk wendet sich gegen Atommülltransporte

„Wenn nicht blockiert wird, liegt Ende 2001 mehr Atommüll in La Hague als jetzt“

Ende Januar 2001 fand die 4. Vollversammlung des „Réseau sortir du nucléaire“ in Rennes in Frankreich statt. Das französische Anti-Atom-Netzwerk wurde 1997 gegründet und vereint inzwischen 613 Organisationen mit rund 10.000 Anhängerinnen und Anhängern. Die Versammlung, zu denen auch zwei deutsche Vertreter eingeladen waren, befaßte sich mit den Themen Atomtransporte und Blockaden.

politische Tragweite. Die Berichterstattung über die Proteste gingen schließlich „rund um die Welt“.

Transporte nach Frankreich werden in den nächsten Wochen erwartet

Bereits in den nächsten Wochen wird die „Türöffnerfunktion“ dieses Castor-Transports ins Zwischenlager Gorleben eintreten. Am 20. März genehmigte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) insgesamt 15 Transporte abgebrannter Brennelemente aus den Atomkraftwerken Philippsburg und Biblis zur Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich. Die Genehmigungen sind bis zum 31. Dezember 2001 bzw. bis 30. Juni 2001 befristet. Die konkreten Transporttermine müssen nach Auffassung des BfS mit den Innenministerien der von den Transporten betroffenen Ländern in einem ausreichenden Zeitraum vor Transportbeginn abgestimmt werden. Proteste der Anti-Atom-Bewegung gegen diese Transporte wurden bereits angekündigt. ●

Die beiden deutschen Gäste stellten auf der Versammlung der französischen Anti-Atom-Bewegung ihre Kritik des bis heute nicht ratifizierten Atomkonsenses zwischen der deutschen Bundesregierung und der Atomwirtschaft dar: „Die Atomanlagen dürfen noch Jahrzehnte weiterbetrieben werden, die Atommüllmenge wird dabei ohne Entsorgungskonzept verdoppelt, dazu werden die atomaren Dreckschleudern La Hague und

Sellafield entgegen den Wahlversprechen bis 2005 weiterbeliefert.“ Die Strategie der deutschen Anti-Atombewegung, jeden Transport zu blockieren, wurde ausführlich in einer der fünf Arbeitsgruppen diskutiert.

Im Herbst 2000 waren in Deutschland fünf WAA-Transporte genehmigt worden. Aufgrund der politischen Blockade Frankreichs wurden sie aber nicht durchgeführt. Die Klage eines Atomkraftgegners in La Hague erzeugte erheblichen Druck auf die Atomindustrie und die französische Regierung, die alle weiteren Atommülltransporte zur Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) La Hague von dem Ende März 2001 geplanten Rücktransport von in Frankreich aufgearbeitetem Atommüll nach Gorleben abhängig machte.

Der deutsche Umweltminister Trittin besteht, um den Atomkonsens nicht zu gefährden, auf die rechtliche, politische und moralische Verpflichtung zur Rücknahme des deutschen Atommülls. Daß damit Hunderte weitere Transporte in die Wiederaufarbeitungsanlage nach Frankreich ermöglicht werden, verschweige er, wurde auf der Versammlung in Rennes kritisiert. Der Transport sei aber die Voraussetzung für eine Fortsetzung der schmutzigen deutsch-französischen Atommüll-Connection. Die deutsche und französische Atomindustrie könne sich bei dem deutschen Bundeskanzler Schröder und dem französischen Regierungschef Jospin bedanken: Trotz ungelöster Kontaminationsprobleme hätten sie den Transportstopp aufgehoben und sich klar für deren Interessen entschieden, so der Tenor auf dem Treffen.

Die meisten französischen Anti-Atominitiativen waren Transportblockaden gegenüber bisher eher skeptisch und ablehnend eingestellt, da der illegal in La Hague lagernde

Müll irgendwann zu den Auftraggebern zurück sollte. Eine Zustimmung zu Protesten und Blockaden war ihnen dieses mal aber möglich. Die Arbeitsgruppe „Atomtransporte und Blockaden“ stellte fest: Wenn der Castor von La Hague nach Gorleben ungehindert durchkommt, wird umgehend noch mehr Atommüll nach La Hague gebracht. Bei der dort stattfindenden Wiederaufarbeitung werde die Müllmenge verzehnfacht und radioaktive Emissionen würden in die Umwelt abgegeben. Rot-Grün lasse damit Mensch und Umwelt in Europa verantwortungslos weiterverseuchen. „Wenn nicht blockiert wird, liegt Ende 2001 mehr Atommüll in La Hague als jetzt,“ stellte Jean-Yvon Landrac, ein Vorstandsmitglied von „Réseau sortir du nucléaire“, fest. Die Wiederaufarbeitung ende auch nicht 2005, wie Trittin glauben lasse. Nur Transporte zur WAA sollten dann eingestellt werden, die Plutoniumgewinnung aus den gelieferten Abfällen gehe aber noch bis zu 15 Jahre weiter.

Die Gefahr und die Verstrahlung der Transporte stellen eine gute Möglichkeit dar, die Bevölkerung über die Gefährdung durch die Atomkraft im allgemeinen zu informieren. So kündigte Greenpeace eine Informationstour mit einem Castormodell entlang der Transportstrecke an.

Da die Atomindustrie – wie die jüngste Fusion von Siemens und Framatome zeigt – international zusammenarbeitet, sei eine internationale Zusammenarbeit und Sichtweise des Anti-Atom-Widerstandes ebenso gefordert, hieß es. Die Atommüll-Lagerung in La Hague sei genauso abzulehnen wie die in Gorleben oder Bure, dem französischen Endlagerprojekt in Lothringen. Der Transport diene dem Weiterbetrieb internationaler Atomanlagen und damit der Produktion von noch mehr Atommüll. Die Forderung war

daher eine Abschaltung aller Atomanlagen.

Eine Vernetzung mit deutschen Gruppen und konkrete Aktionen gegen das internationale Geschäft mit dem Atommüll wurden besprochen. In der Abschlusserklärung der Vollversammlung wurden die Mitgliedsorganisationen aufgerufen, gegen die Wiederaufnahme des Atommüllgeschäfts entlang der Transportstrecke zwischen Deutschland und Frankreich zu demonstrieren.

Die Unterstützung des Protestes gegen die Atommülltransporte und für den Atomausstieg durch das französische Netzwerk stellt eine neue Qualität des Widerstandes und eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Kooperation der Anti-Atom-Bewegung dar.

Beschlüsse

In Rennes beschlossen die 85 Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen eine Kampagne gegen Energieverschwendung und eine Aktionswoche zum 15. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (23. bis 29. April 2001).

Die Widerstandswochen gegen das Atommüllendlager Bure als „Sackgasse der Atommüllentsorgung“ vom 21. bis 29. Juli 2001 werden unterstützt und am 21. Oktober 2001 werden dezentrale Demonstrationen für den Ausstieg aus der Atomenergie stattfinden. Auf dem Treffen wurde außerdem die Idee einer internationalen Großdemonstration am 27. April 2002 in Straßburg angenommen.

Reaktionen

• Am 31. Januar protestierten auch die französischen Grünen gegen die Wiederaufnahme der Atommülltransporte zwischen Deutschland und Frankreich. Die Abfälle müßten zwar in ihre Ursprungsländer zurück gebracht werden, aber die entgegengesetzte

Richtung, also neue Transporte in die Wiederaufarbeitung, seien nicht akzeptabel. Deutschland müsse die Wiederaufarbeitung beenden.

• Die französische Atom-Betreiberfirma Cogema erklärte sich bereit, zwei zusätzliche Transportbehälter zur Verfügung zu stellen, um den reibungslosen Betrieb der deutschen Kernkraftwerke sicherzustellen. Dies teilte der deutsche Bundeskanzler als Ergebnis eines Gipfeltreffens in Straßburg am 2. Februar 2001 mit.

• In einem öffentlichen Brief des französischen Anti-Atom-Netzwerks vom 9. Februar 2001 an die Grünen heißt es: „Wir stellen uns gegen dieses von der Regierung vorgeschlagene Schwindelgeschäft, wobei der Rücktransport eines Castors die Lagerung von zehn neuen Castoren in La Hague ermöglicht. (...) Nur ein Exportstopp des deutschen Atommülls würde deutlich zeigen, daß Deutschland – oder genauer gesagt seine Atomstromerzeuger und seine Regierung – seinen moralischen Verpflichtungen nachkommt.“

• Am 18. Februar 2001 verkündete Alain Rivat, Pressesprecher des französischen Netzwerks, auf der Demonstration in Ahaus: „Atomkraft kennt keine Grenzen. Wir auch nicht. Und deshalb werden wir die Rücktransporte grenzüberschreitend von La Hague bis Gorleben die ganze Strecke entlang begleiten. Selbstverständlich werden wir uns bekannte Informationen sofort weitergeben. Solidarisch und entschieden sagen wir: Nein zur Wiederaufarbeitung! Nein zur Wiederaufnahme des Atommüllgeschäfts! Ja zur Rückkehr der Abfälle nach dem endgültigen Stop der Plutonium-Gewinnung!“

• Am 22. Februar 2001 erklärte das französische Anti-Atomnetzwerk in einem offenen Brief an Minister Trittin:

„Nur eine sofortige Beendigung der Wiederaufarbeitung und erst dann die Rücktransporte des illegal in Frankreich gelagerten Atommülls kann die Glaubwürdigkeit Deutschlands im Atommüllbereich wiederherstellen.“

Markus Pflüger

Initiative für Atomausstieg
Trier.

Markus Pflüger war zusammen mit einem Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg in Rennes. ●

Atommüll-Lager

Neues Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad gefordert

In einem offenen Brief vom 26. März 2001 an den niedersächsischen Umweltminister Wolfgang Jüttner (SPD) hat der wissenschaftliche Beirat der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V. Professor Dr. Rolf Bertram die Einleitung eines neuen Planfeststellungsverfahrens für das geplante Atommüll-Lager gefordert. Die durch die Novellierung der Strahlenschutzverordnung verursachte Verzögerung des Konrad-Verfahrens biete eine Möglichkeit, vielfältige im damaligen Erörterungstermin vorgebrachte und bis heute nicht entkräftete Argumente der Einwander neu zu überprüfen. Es dürfe dabei nicht nur um eine Anpassung der Planunterlagen an die neue Strahlenschutzverordnung gehen, sondern es müsse der neue wissenschaftliche Kenntnisstand eingearbeitet werden. Das betreffe vorrangig die vom Antragsteller gewählte Strahlendosis-Ermittlung im niedrigen Dosisbereich und das daraus abgeleitete Strahlenrisiko.

Nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, so Bertram, liege derzeit für die Low-Level-Radioaktivität ins-

besondere von dichtungisierenden Strahlung eine völlig veränderte Sachlage vor, die zeige, daß die bisher üblichen Strahlenschutzstandards korrigiert werden müssen. Zum Beispiel sei inzwischen der wissenschaftliche Nachweis erbracht, daß unter anderem bereits durch die Inkorporation eines einzigen Alphateilchens schwere, irreversible Zellkernschädigungen hervorgerufen werden können. Dieser Befund habe große Bedeutung für karzinogene und vererbare genetische Effekte. Die im Konrad-Erörterungstermin seitens des Antragstellers immer wieder vorgebrachte Behauptung, es gäbe keine Hinweise für strahlenbedingte Gesundheitsschäden unterhalb der zulässigen Grenzwerte, sei damit widerlegt. Damals sei auch die Wirkung der Neutronenstrahlung stark unterschätzt worden. Zu diesem Bereich liege ebenfalls eine Fülle neuer Fakten vor, vorrangig aus der strahlenmedizinisch relevanten Neutronengewebedosimetrie. Daraus folge, daß die behauptete Entsorgungssicherheit und der erforderliche Schutz der Biosphäre wissenschaftlich keinen Bestand habe. Durch Berücksichtigung allein dieser neuen radiobiologischen und radiochemischen Erkenntnisse würde man heute zu einer völlig anderen Bewertung der Langzeitsicherheit und der Risikoabschätzungen kommen.

Im Interesse der lebenden Menschen und der Generationen nach uns, so Bertram, bitte er den Minister, bei Fortführung der Planfeststellung zu Schacht Konrad nicht nur eine formale, sondern auch eine inhaltliche Überprüfung unter Einbeziehung unabhängiger Fachleute und besorgter Bürger einzuleiten. Da sich die Bewertungsgrundlage wesentlich verändert habe, bestünde seines Erachtens nach sogar die Pflicht, ein neues Planfeststellungsverfahren einzuleiten. ●

Neue Jenaer Studie zur Brustkrebsdiagnostik:

Magnetresonanztomographie ist die überlegene Methode

Die Magnetresonanztomographie (MRM) ist die genaueste Methode, wenn es um die Diagnose eines bösartigen Brusttumors geht. Dies fand die Jenaer Gynäkologin Dr. Sabine Malur in einer jetzt veröffentlichten Studie heraus. „Im Vergleich zur Röntgenmammographie oder zur Ultraschalluntersuchung (Sonographie) lieferte die Magnetresonanztomographie bei einem Verdacht auf Brustkrebs die besten Resultate“, faßt die Medizinerin von der Frauenklinik der Friedrich-Schiller-Universität ihre Ergebnisse zusammen.

Die Magnetresonanztomographie arbeitet nicht mit Röntgenstrahlen, sondern mißt die Energieveränderungen im Gewebe, die unter Einfluß eines von außen angelegten starken Magnetfeldes in Form von elektromagnetischen Wellen aus dem Körper austritt. Mit Hilfe eines Computers lassen sich so zweidimensionale Bilder erzeugen, die mit sehr hoher Auflösung auch die Darstellung kleiner anatomischer Strukturen möglich machen.

„Dennoch“, bemerkt die Gynäkologin, „eignet sich die MRM aufgrund der relativ langen Untersuchungsdauer sowie der hohen Kosten derzeit nicht als Vorsorgeuntersuchung, zumal diese auch nicht flächendeckend zur Verfügung steht“. In Jena wird die MRM grundsätzlich bei Verdacht auf Vorliegen eines Brustkrebses eingesetzt, um auszuschließen, daß mehrere

Krebsherde im Brustgewebe verstreut sind. Zusätzlich liefert die MRM wertvolle Informationen, wenn die Untersuchungen mit der Röntgenmammographie und dem Ultraschall keine klaren Befunde ergeben haben.

Außerdem eignet sich nach Angaben der Autorin die MRM sehr gut zur Kontrolle von Brustimplantaten und für Frauen mit einer sehr dichten oder vernarbten Brustdrüse.

Bei Patientinnen mit Platzangst (Klaustrophobie), einem Körpergewicht von über 100 Kilogramm oder metallischen Fremdkörpern, zum Beispiel Herzschrittmachern, künstlichen Herzklappen, kann diese Untersuchung nicht durchgeführt werden. Auch für Frauen, die kurze Zeit vorher eine Nadelpunktion (Stanz- oder Feinnadelbiopsie) oder eine Operation im Brustbereich hatten, kommt die Methode nicht in Frage.

Für die in der Zeitschrift „Breast Cancer Research“ veröffentlichte Studie haben Sabine Malur und ihre Kollegen zwischen 1995 und 1998 insgesamt 413 Patientinnen untersucht, die einen verdächtigen Befund in der Brust aufwiesen. Bei allen wurde eine Röntgenmammographie, eine Sonographie, eine MRM und anschließend eine Gewebeuntersuchung durchgeführt.

Die MRM erwies sich als die der Röntgenmammographie und der Sonographie überlegene Methode. Die Röntgenmammographie spürte 84 Prozent der bösartigen Tumoren auf, die Ultraschalldiagnose 89 Prozent und die MRM 95 Prozent. Durch Anwendung aller drei Methoden konnte diese Quote auf über